

handelt. Ein solcher geht aber niemals nach vorgefaßten Ideen voran. Er paßt sich an. Zuerst sieht er, dann urteilt er zusammen mit den anderen, und dann erst handelt er. Es gibt keine französischen Methoden, aber es gibt die Methode der Katholischen Aktion, und ihr schenke ich mein Vertrauen“ (Les Missions Catholiques Nr. 79/80 [1960] S. 210).

Die Zustände in Angola

Wir berichteten im vergangenen Heft (vgl. S. 360 ff.) über die Verhaftung des Generalvikars in Luanda und die allgemeinen Zustände in der „überseeischen Provinz“ Angola. Erst nach Redaktionsschluß wurde bekannt, daß der Erzbischof von Luanda wenige Tage nach der Verhaftung seines Generalvikars diesen von seinen kirchlichen Ämtern entbunden hat. Die entsprechende Verlautbarung (die in der portugiesischen Presse nicht veröffentlicht wurde) ist datiert vom 8. April 1961:

„Im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen, die inzwischen zur öffentlichen Kenntnis gelangt sind und die Erzdiözese Luanda in Trauer gestürzt haben, kann Monsignore Manuel Mendes das Neves seine Funktionen als Generalvikar und als Pfarrer der Pfarrei U. L. Frau von der Immerwährenden Hilfe nicht mehr länger ausüben. Msgr. Moisés Alves de Pinho, Erzbischof von Luanda, enthebt ihn daher seiner Ämter als Generalvikar und Pfarrer.“

Wie gemeldet, ist der verhaftete Generalvikar mit dem Flugzeug nach Lissabon gebracht worden; über sein weiteres Schicksal liegen keine Nachrichten vor. Als neuer Generalvikar wurde der erst 35 Jahre alte weiße Pater Luis de Castro Mendes ernannt.

Der Geist des Hasses

Für die Aufstände in Angola wollen die portugiesischen Zeitungen mehr und mehr die christlichen Missionare verantwortlich machen, „namentlich jene der evangelischen Kirche und der Sekten“. Nach einer dpa-Meldung sollen acht afrikanische Methodistenpfarrer nach flüchtigen Gerichtsverfahren hingerichtet worden sein. Der Weltrat der Kirchen teilte mit, daß von den 150 afrikanischen Pastoren der amerikanischen Methodistenmission mehr als die Hälfte fliehen mußte.

Ein englischer Baptistenmissionar, der das Land verlassen mußte, beschrieb in der Vollversammlung der Baptistenunion von England und Irland den Geist des Hasses, der heute in Angola herrsche, als alle Vorstellungen und Erfahrungen übersteigend. Die von den Portugiesen ergriffenen Gewaltmaßnahmen überträfen noch die der Terroristen. „Tausende von Schwarzen wurden hingerichtet und verstümmelt.“ Für den Hirtenbrief des katholischen Episkopats von Angola vom 13. April 1961, der auch auf das legitime Freiheitsstreben der Afrikaner und auf soziale Ungerechtigkeiten hinwies, fand der Baptistenmissionar Worte betonter Hochachtung.

Ein Kardinal warnt

In einer Missionswoche in Lourenço Marqués, der Hauptstadt von Moçambique (der ostafrikanischen Kolonie Portugals, die bisher noch von Unruhen verschont blieb), verurteilte der dortige Erzbischof, der portugiesische Kardinal de Gouveia, in sehr scharfen Worten die Kolonial-

politik der Lissaboner Regierung. Darüber hinaus geißelte er das überaus schlechte Beispiel, das die Europäer durch ihre Sittenlosigkeit, ihre Vergnügungssucht und ihre religiöse Gleichgültigkeit den Afrikanern auch heute noch geben. Wenn in den afrikanischen Besitzungen Portugals nicht bald echte Gleichberechtigung der Rassen, Schutz des Familienlebens und ein weitgespanntes Schulwesen verwirklicht sei, werde es zu spät sein.

Nach dem Bericht der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ (5. 5. 61) — dem ersten Augenzeugenbericht aus Angola, der seit Monaten die deutsche Presse erreicht hat — befindet sich in der Hauptstadt Luanda nur noch ein einziger farbiger katholischer Priester in Freiheit; die übrigen sechs wurden wegen „Untergrundtätigkeit“ verhaftet.

Professor Salazar hat am 13. April und erneut am 3. Mai die Regierung umgebildet und selbst das Verteidigungsministerium übernommen. Der Befehlshaber der portugiesischen Luftstreitkräfte wurde seines Postens enthoben, nachdem er ein kritisches Memorandum über die Angolapolitik der Regierung verfaßt hatte. Nach dem Bericht der „Zeit“ wollen zehn andere Generale den Dienst quittieren. Der Guerillakrieg in Angola geht indessen weiter, erreicht immer größere Landstriche und zwingt zu stärkeren Truppenkonzentrationen und zur Repatriierung der Zivilbevölkerung. Nach den portugiesischen Berichten sind bisher etwa 250 Weiße dem Terror zum Opfer gefallen; die südafrikanische Agentur SAPA meldet dagegen schon über 1000 tote Europäer. Unter den jüngsten Opfern befindet sich ein weiterer Missionar, der italienische Pater Francesco Fileppi OFMCap, der seit fünf Jahren in Angola wirkte und am 21. April in einem Dorf der Nordgebiete mit Buschmessern getötet wurde, als er den eindringenden Terroristen mit erhobenem Kreuzifix entgegentrat.

Ökumenische Nachrichten

Lutherische Generalsynode 1961

Die neugebildete Generalsynode der VELKD hielt die erste Tagung ihrer Dritten Session vom 10.-15. April 1961 in Berlin-Spandau ab. Neben den anstehenden inneren Fragen, vor allem der Verabschiedung der Agende III über die Amtshandlungen, die Ordnung der Kindertaufe, der Erwachsenentaufe, der Konfirmation usw. und der Beratung eines Pfarrergesetzes, stand als Generalthema zur Aussprache „Der Mensch in unserer Zeit“. Dieses wurde von Professor Helmut Thielicke, Hamburg, für den Westen unter dem Thema behandelt: „Die Gefährdung der Freiheit durch die freiheitliche Gesellschaftsordnung“ und von Studiendirektor Gottfried Voigt, Leipzig, für den Osten: „Unsere erste Sorge — der Mensch“. Aber der Bericht des Leitenden Bischofs, D. Hanns Lilje, über „Der Weg der Kirche“ lenkte die Aufmerksamkeit der Synode auf noch aktuellere kirchenpolitische Fragen.

Aus dem Bericht von Landesbischof Lilje

Die „kritische Selbstbesinnung“ von D. Lilje hatte ebenso wie ihre Ergänzung zum Gespräch mit der römisch-katholischen Kirche durch Landesbischof Hermann Dietzfelbinger einen ausgesprochen defensiven Charakter. D. Lilje verteidigte — offensichtlich gegenüber Äußerungen von Bischof Dibelius auf der letzten Synode der EKD —

die Vereinigte Ev.-Luth. Kirche Deutschlands gegen den Vorwurf, sie habe die Einheit der EKD gefährdet. Erstens gingen die Pläne für die Gründung einer Lutherischen Kirche schon auf das Jahr 1935 zurück, eigentlich auf die Mitte des 19. Jahrhunderts. Zweitens gebe es eine Lutherische Kirche seit langem nicht nur in Deutschland, sondern in der Welt. Die VELKD sei in den Jahren seit Gründung der EKD (1948) eine ihrer stärksten Stützen gewesen und werde das auch bleiben. Es sei irrig, das Vorhandensein einer konfessionell bestimmten Kirche von vornherein als einen theologischen Sündenfall zu bezeichnen. Die Einheit der EKD sei vielmehr durch einen bestimmten theologischen Aktualismus und eine gewisse politische Theologie bedroht worden. In die Zukunft schauend, erklärte D. Lilje, daß die Kirche in dieser Welt ein wirksames Zeugnis von Christus zu geben habe, und zwar sowohl gegenüber dem kämpferischen Atheismus im Osten wie gegenüber dem „schleichenden Atheismus practicus“ im Westen. Den Universitätstheologen schärfte er — das ist sein Lieblingsthema — ein, die Kluft zur praktischen Theologie zu schließen und bei ihrer ganzen Arbeit an den „vergessenen Menschen“, nämlich den Pfarrer, zu denken.

Zum Gespräch mit Rom

Im Anschluß an den Bericht des Leitenden Bischofs machte D. Dietzfelbinger einige Ergänzungen zum ökumenischen Gespräch mit Rom, das die VELKD nie verweigert habe, für das sie sich im Gegenteil besonders rüste. Er begrüßte als Folge des auf vielen Ebenen geführten Gesprächs eine Besserung des Klimas zwischen den Konfessionen, die sogar bis nach Spanien und Südamerika zu spüren sei. Dennoch müsse man „völlig ohne Illusionen“ sein, sowohl „um unserer selbst willen wie um vieler römisch-katholischer Brüder willen“. Die Kluft sei bisher unüberbrückbar, was schon beim Verständnis von Kirche deutlich werde, von der Mischehenpraxis zu schweigen. Die neuen Kontaktmöglichkeiten, die durch das Sekretariat von Kardinal Bea geschaffen worden seien, bedeuteten vielleicht einen sehr tiefgreifenden Wandel gegenüber der früheren Verslossenheit Roms. Aber auch Kardinal Bea bezeichne deutlich neben den offenen Türen die Grenzen des ökumenischen Gesprächs, wenn er etwa von möglichen Kompromissen in Ordnungs- und liturgischen Fragen, dagegen nicht in dogmatischen Fragen spreche (vgl. dazu Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 297). Bemerkenswert war sodann, daß D. Dietzfelbinger ausdrücklich für die evangelisch-lutherische Kirche auch „die Frage nach den Wirkungsmöglichkeiten und Grenzen des Weltkirchenrates“ stellte (vgl. dazu den Aufsatz seines theologischen Beraters, Professor E. Kinder, zur Einheitsformel von Faith and Order nach Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 384 und den Bericht „Ein Herr — Eine Taufe“ ds. Heft, S. 427). Mit Teilnahme müsse man „das ökumenische Ringen und die ökumenische Bewegung innerhalb der römisch-katholischen Kirche“ verfolgen: „Wir wollen die Zielsetzung des Zweiten Vatikanischen Konzils, daß es innerkirchlichen Aufgaben der römischen Kirche gewidmet ist, ehren, eine Zielsetzung, die uns eine falsche, unzeitgemäße Einmischung in innerkatholische Angelegenheiten verbietet.“

D. Dietzfelbinger meinte, „vor allem im deutschen, aber auch im gesamtmitteleuropäischen Raum sind mancherlei Entwicklungen im römischen Katholizismus im Gange,

die nach unserer Aufmerksamkeit, ja nach unserm Zeugnis verlangen, weil sie sich auf eine neue Weise doch wohl auch dem Evangelium öffnen“. Andererseits seien Kräfte am Werk, die den Katholizismus weiter weg von der Heiligen Schrift treiben wollen. Er nannte Bestrebungen zur Definition neuer Mariendogmen und die Rede von Erzbischof Parente, Assessor des Heiligen Offiziums, vom 13. November 1960 gegen die Mode, Luther nachträglich zu rechtfertigen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 249). Maria, die Mutter des Herrn, sei nicht die Mutter der Einheit, wie in Rom gesagt wurde, sondern Jesus Christus hat die Eine Kirche geschaffen: „Wenn wir immer wieder einmal, wenn auch in anderem Tonfall als früher, die Einladung zur Rückkehr nach Rom hören, dient das ganz gewiß nicht der Überbrückung, sondern der Vertiefung der Kluft.“ Die Reformation habe heute noch eine ökumenische Bedeutung: „Es scheint mir mancherlei Zeichen zu geben, daß Gott heute auch bis in andere Bereiche der Christenheit, ja auch der römischen Kirche hinein nicht unsere, aber seine Reformation bestätigt und weiterführt. Wollen wir uns darüber freuen, selbst wenn diese Reformation ein wenig anders verläuft, als wir es uns denken! Wollen wir auch der römisch-katholischen Kirche Kräfte der Reformation gönnen!“ Eine Aussprache über die Gedanken von D. Dietzfelbinger fand nicht statt. Aber zum Bericht von Landesbischof Lilje wurde manches gesagt und beschlossen. Für die Theologischen Fakultäten bekundete Professor W. Maurer, Erlangen, die Bereitschaft zur verantwortlichen Mitarbeit der wissenschaftlichen Theologie an den kirchlichen Gegenwartsaufgaben. In diesem Zusammenhang wies Professor E. Sommerlath, Leipzig, auf die statistische Tatsache hin, daß nur 3 v. H. der evangelischen Christen aktive Gemeindeglieder sind. Sei auch der Tiefpunkt überwunden, so dürfe man sich doch nicht zu selbstverständlich Kirche der Reformation nennen. Ein nüchternes Ja zur sog. Volkskirche forderten die Bischöfe von Lübeck, D. Meyer, und von Sachsen, D. Noth. Dabei fand die Behauptung D. Liljes, Deutschland sei Missionsland geworden, mit dem Hinweis auf die Sitte der Kindertaufe Widerspruch. Sodann wurde die unzureichende pastorale Ausbildung der Pfarrer beanstandet. Noch immer werde weithin das Ein-Mann-System unter Verzicht auf die im modernen Leben längst selbstverständliche Praxis der Team-Arbeit durchgeführt.

Entschließungen

Zur Frage der Universitätstheologie wurde in einer Resolution erklärt: „Die Synode weiß in ihrer Verantwortung für die Kirche und für die Gemeinden, daß die Kirche ohne ihre Theologie nicht leben kann und daß sie der Theologie reiche Erkenntnisse verdankt. Sie erkennt an, daß die heutige Theologie mehr als früher bereit ist, ihre kirchliche Verantwortung wahrzunehmen. Sie kann aber andererseits nicht verschweigen, daß die theologische Situation von heute in den Gemeinden gerade bei ersten Christen Besorgnis und Unruhe ausgelöst hat.“ Daher werden drei Bitten ausgesprochen: 1. Die Bischöfe und Kirchenleitungen möchten das Gespräch mit den Theologischen Fakultäten pflegen. 2. Die Fakultäten möchten in verstärktem Maße zu einer anderen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen theologischen Disziplinen kommen, vor allem im Blick auf die Verkündigung der Kirche. 3. Bei aller Strenge der Forschung möchte

doch mehr darauf gesehen werden, die jungen Theologen zu einem freudigen Dienst an der Kirche heranzubilden. Zur Frage des „Konfessionalismus“ wurde in einer eigenen Entschließung der Vorwurf abgewiesen, daß die VELKD die Einheit der EKD gefährde. Die beiden Referate von Thielicke und Voigt wurden ausdrücklich als „gute Hilfen“ anerkannt.

Um die bedrohte Freiheit im Westen

In seiner ausführlichen Analyse über die Gefährdung der Freiheit durch unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung wies Professor Thielicke auf folgende Zusammenhänge hin: Die Freiheit sei immer dann gefährdet, wenn man nicht mehr wisse, was sie ist. Ein Zeichen für ihre Bedrohung sei die moderne Reklame mit ihren geheimen Leitbildern vom Sozialprestige. Er nannte sie ein Attentat auf den Menschen und forderte zu strengerer Selbstkritik unserer Gesellschaftsordnung auf. Vor allem griff er das Gruppenproblem heraus, das den einzelnen nötige, seine Meinung einer Partei- oder Interessendisziplin zu opfern. Auf lange Sicht sei der gewissensgebundene, in seiner Persönlichkeit intakte Mensch auch für die Gruppe ein wertvolleres und potenteres Glied als das bloß funktionierende Molekül im Kollektiv, der Funktionär. Ein besonderes Problem der Demokratisierung des Lebens sei die anonyme Freiheitsberaubung durch die Gruppen (der Interessenten, der Gewerkschaften usw.) und die von ihnen ausgeübte Personalpolitik.

In diesem Zusammenhang erhielt auch die katholische Kirche ein Monitum. Sie lasse das Gesetz einer Schwangerschaftsunterbrechung auf Grund medizinischer Indikation nicht zu. „Infolgedessen kann sie dieser gesetzlich ausgesparten, aber ihr unerlaubt erscheinenden Variationsbreite ärztlichen Handelns in ihrem Sinne nur so begegnen, daß sie eine bestimmte Personalpolitik treibt, d. h., daß sie etwa Ärzte dieser Gesinnung in die gynäkologischen Schlüsselstellungen bringt. Sosehr diese Art der ärztlichen Freiheitsbeschränkung mit Hilfe der Personalpolitik subjektiv verständlich ist und zumindest moralisch respektiert werden muß, sowenig dürfen jene mehr oder weniger verborgenen Interventionen staatlich unkontrolliert bleiben. Denn würden sie nicht überwacht oder zumindest begrenzt, so bestünde die Gefahr, daß etwa auch die nichtchristliche oder die nichtkatholische Bevölkerung von Maßnahmen mit betroffen würde, welche die persönlichste Sphäre und die nun wirklich ureigensten Intimentscheidungen betreffen.“ Im Ganzen des Referates war dieses so ziemlich der einzige konkrete Punkt, auf dessen Aussprechen man offenbar besonderen Wert gelegt hatte (vgl. die autorisierte Kurzfassung in: „Evangelische Welt“, 1. 5. 61, S. 241—245).

Gespräch mit dem Marxismus?

Das eigentliche Hauptreferat wurde von Dr. Voigt mit einer Analyse des Marxismus, seiner Anthropologie und dem möglichen Anknüpfungspunkt für ein Gespräch über den Menschen gegeben. Er ging davon aus, daß nach dem Neuen Testament Gott in aller Ordnung, auch in der sozialistischen, die Welt regiert und erhält. Seine erste Überlegung anhand der Veröffentlichungen des V. Parteitag der SED von 1958 mit seinen Grundsätzen einer atheistischen Moral („Nur derjenige handelt sittlich und wahrhaft menschlich, der sich aktiv für den Sieg des So-

zialismus einsetzt . . .“) ist die, daß der Marxismus die Frage nach dem neuen Menschen so stark in den Vordergrund rückt, und zwar als eine Frage der Erziehung und der Ethik. Voigt kommt daher zu dem Ergebnis, der Marxismus sei „eine christliche Sekte“. Das zeige sein Ruf nach dem befreiten Menschen. Die zweite Überlegung erkennt, daß mit der Leugnung des Gottesgedankens auch wesentliche Seiten des humanum versinken und bestimmte Erkenntnisfunktionen einfach veröden. Das Personsein des Menschen wird nicht mehr verstanden, daher auch das Unverständnis für das 8. Gebot und die Erziehung zum Haß. Das Kollektiv werde Subjekt der sittlichen Entscheidung. Als drittes vertritt Voigt die These, daß die Kirche für den in seiner Menschlichkeit gefährdeten Menschen zu schreien habe. Mißverständnisse würden ihr dabei freilich nicht erspart. „Aber der Punkt, an dem die Verständigung mit dem Marxismus auch uns unmöglich erscheint, ist gerade nicht das spezifisch Marxistische, sondern das allgemein Menschliche an ihm. Es ist tief bedauerlich, daß die Diskussion zwischen den Marxisten und uns Christen bis zu diesem Punkt einfach nicht vorgedrungen ist. Hier lohnte es sich, in aller Freundschaft miteinander zu streiten.“ Das Evangelium von Christus habe immer Ärgernis erregt bei einer Welt, die ihr Heil glaube selber erwirken zu können, auch bei der bürgerlichen Welt. Wo es aber den Beteiligten um das Wohl (nicht um das Heil) des Menschen gehe, könne man über die irdisch-menschlichen Möglichkeiten diskutieren. Hier läge die grundlegende Schwierigkeit nicht. „Aber sie liegt darin, daß, wo man das uns treffende Wort Gottes nicht vernimmt, im Grunde nur von Illusionen gelebt werden kann. Wer meint, mit bürgerlicher Gerechtigkeit durchzukommen, rechnet nicht mit dem Gott, dessen Blick auf unser Wesen und Gewissen tiefer dringt, als wir es für möglich halten . . . Wer Gott nicht kennt, muß an Götter glauben, oder er muß sich selbst oder irgend etwas Weltliches zum Gott machen.“ Daher die messianischen Züge des Marxismus. Wir könnten nicht besser für den Menschen sorgen als dadurch, daß wir ihn auf die Sorge Gottes für ihn hinweisen. (Der Vortrag ist mit den anderen Berichten und Dokumenten der Synode veröffentlicht in: Informationsblatt Nr. 8, Zweites Aprilheft 1961, S. 122 f.).

Es wurde bekanntgegeben, daß sich die Lutherische Generalsynode 1962 mit dem „Auftrag der Kirche an die junge Generation“ befassen wird.

Russische Kirche beantragt Aufnahme in den Weltrat der Kirchen

Wie der Ökumenische Pressedienst vom 28. 4. 61 mitteilte, traf in der dritten Aprilwoche beim Weltrat der Kirchen in Genf ein Schreiben des Moskauer Patriarchen Alexius ein, in dem dieser für die Heilige Synode der Russischen Orthodoxen Kirche ihre Aufnahme in den Weltrat beantragt. Die 3. Vollversammlung wird im November in Neu-Delhi über den Antrag zu entscheiden haben. Dr. Visser 't Hooft betonte auf einer aus diesem Anlaß einberufenen Pressekonferenz, daß die Russische Kirche mit diesem Antrag ihre bisherige Haltung gegenüber dem Weltrat geändert, dieser selbst jedoch seine grundlegende ökumenische Haltung nicht geändert habe. „In der Russischen Kirche ist seither nichts geschehen, was sie heute als Mitglied weniger annehmbar machen würde als im Jahr 1948.“ Damals hatte bekanntlich das Moskauer Patriarchat einen Beitritt zum Weltrat abgelehnt.

Dr. Visser 't Hooft warnte ausdrücklich vor einer Ablehnung des Antrags. „Wenn dieser Antrag nicht angenommen wird, würde der Ökumenische Rat selbst die Gründung eines östlichen Gegenstückes zum Rat veranlassen und herausfordern, die auch für einige seiner Mitgliedskirchen und die christliche Sache allgemein unglückliche Folgen hätte.“

In dem Schreiben des Patriarchen heißt es, die Russische Kirche „betet nicht nur und wird nicht nur für das Wohl der Heiligen Kirchen Gottes und die Einheit aller beten, sondern sie ist fest entschlossen, ihren Beitrag zu der großen Aufgabe der christlichen Einheit zu leisten, und zwar im Sinne der (dem Ökumenischen Rat) vorangegangenen Bewegungen für Glauben und Kirchenverfassung und Praktisches Christentum und der internationalen Freundschaft durch die Kirchen, die nunmehr gemeinsamen Ausdruck in den verschiedenen Formen und Aspekten des Ökumenischen Rates der Kirchen finden“ (Oepd, 28. 4. 61).

Klerus und Laien der Russischen Kirche wurden im letzten Heft des Journals des Moskauer Patriarchats (JMP Nr. 2, 1961, S. 69—75) mit einem Artikel über die Entwicklungsgeschichte der sog. „Basis“ des Weltrats vom Stellvertretenden Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, Erzpriester V. M. Borovoj, vorbereitet. Der Verfasser, einer der bekannten ökumenischen Beobachter der Russischen Kirche, veröffentlicht den Artikel „im Hinblick auf die sich erweiternden und vertiefenden Kontakte unserer Kirche mit dem Weltrat der Kirchen“ im Sinne einer „Einführung in die Problematik der ganzen Ökumenischen Bewegung“, wobei er objektiv referierend ausgiebig von der „Geschichte der Ökumenischen Bewegung“ von Ruth Rouse und S. C. Neill und den Materialien der 13. Sitzung des Zentralaussschusses in St. Andrews Gebrauch macht.

Wir haben früher des öfteren darauf hingewiesen, daß die „Basis“ des Weltrats Gegenstand heftiger Kritik der vor allem dogmatisch interessierten Russen war. Jetzt werden die Gründe für den beobachteten Meinungsaustausch zwischen den Patriarchaten Moskau und Konstantinopel über die „Basis“ einsichtig (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 117). Die mit dem Antrag auf Beitritt zum Weltrat verbundene Zustimmung der Russischen Kirche zur Basis bedeutet ein Einschwenken des Moskauer Patriarchats auf die ökumenische Linie des Patriarchats Konstantinopel; es bleibt jedoch abzuwarten, in welcher Weise sich das Verhältnis zwischen den beiden wichtigsten orthodoxen Patriarchaten innerhalb der Ökumenischen Bewegung gestalten wird. Auf ein ungelöstes Problem zwischen beiden weist das wichtige Heft 2 des JMP ebenfalls hin. Es ist die umstrittene kanonische Stellung Konstantinopels als gesamtorthodoxer Appellationsinstanz und jurisdiktionellen Zentrums für die orthodoxe Diaspora. Die Zurückweisung solcher Ansprüche, die der Kanonist Prof. S. Troickij an Hand einer Interpretation der can. 9 und 17 von Chalcedon gibt (a. a. O., S. 57—65), ist vor allem im Hinblick auf das Bestreben der Moskauer Kirchenleitung hin zu verstehen, die Einheit mit den russischen Emigrationsgruppen (vor allem Paris) herzustellen, die dem Patriarchen von Konstantinopel unterstellt sind (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 116). Andererseits sind frühere Differenzen zwischen den beiden Patriarchaten inzwischen beigelegt, so vor allem der Streit um die Zugehörigkeit der finnischen orthodoxen Kirche. Der neue Erzbischof von Karelien und Finnland zeigte seine am

29. 8. 60 erfolgte Wahl mit Hinweis auf die kanonische Bestätigung durch den Patriarchen von Konstantinopel (12. 10. 60) zu Weihnachten dem Moskauer Patriarchen an. Das Februarheft des JMP druckte das Schreiben zusammen mit der Antwort und dem Segenswunsch des Patriarchen Alexius ab (JMP Nr. 2, 1961, S. 10 f.).

In der Erwartung einer möglichen Aufnahme der Russischen Kirche in den Weltrat der Kirchen ist es von größter Bedeutung, ob die auf diesen Herbst verschobene panorthodoxe Konferenz auf Rhodos mit Beteiligung der Russen zustande kommt, denn ohne eine solche gesamtorthodoxe Willenskundgebung würde der Anschluß der Russischen Kirche an den Weltrat als ein Alleingang des Moskauer Patriarchats aufgefaßt werden können, und diejenigen, die in seiner Politik vor allem das Bestreben sehen, den Einfluß des Ökumenischen Patriarchats in Konstantinopel zurückzudrängen, hätten erneuten Grund zum Verdacht.

Rußland und der orthodoxe Osten

Die Orientreise des Moskauer Patriarchen wird in russischen kirchlichen Kreisen als ein hoffnungsvolles Zeichen verstärkter Verbindungen mit dem orthodoxen Osten gewertet. In den gemeinsam vom Patriarchen Alexius und den Oberhäuptern der anderen autokephalen Kirchen zelebrierten Gottesdiensten wurde der Russischen Kirche erneut die Erfahrung zuteil, Glied der Ökumenischen Kirche zu sein („ökumenisch“ im Sinne der universalen Kirche, als die sich die Orthodoxie betrachtet, nicht im Sinne der „ökumenischen“ Bewegung).

Im Januar-Heft des Journals des Moskauer Patriarchats wird nur kurz über die Reise berichtet. Die Reise habe einer weiteren Festigung der von alters her bestehenden brüderlichen Bande zwischen der Russischen Kirche und den orthodoxen Ostkirchen gedient. In den Gesprächen der Kirchenoberhäupter seien aktuelle Fragen des kirchlichen Lebens und eine verstärkte Zusammenarbeit der Kirchen zur Bewahrung des Friedens und der Festigung der Freundschaft unter den Völkern erörtert worden. Besonders werden die Begegnungen des russischen Patriarchen mit dem (monophysitischen) Patriarchen der Kopten und der syrischen Jakobiten erwähnt. Mit diesem ist sogar über die Frage einer kirchlichen Gemeinschaft gesprochen worden (JMP Nr. 1, 1961, S. 6).

Das Osterfest ist in der Russischen Kirche stark im Zeichen der Verbundenheit mit dem orthodoxen Osten und den Stätten der Urchristenheit begangen worden. „Geliebte Väter, Brüder und Schwestern“, wendet sich Patriarch Alexius in seiner Osterbotschaft an die Russische Kirche, „ihr wißt, daß Wir am Ende des vergangenen Jahres durch Gottes Gnade die große Tröstung erfuhren, erneut das Heilige Land zu besuchen und dem lebenspendenden Grab unseres Heilands unsere Ehrerbietung zu erweisen. Die unerschöpfliche Gnade des auferstandenen Herrn erfüllte unsere Herzen mit geistlicher Ergriffenheit und unaussprechlicher Freude. Vor den großen Heiligtümern sandten wir unsere Gebete empor für unsere heilige Kirche, für alle ihre gläubigen Kinder, für den Frieden in aller Welt, und jetzt haben Wir die Freude, euch allen nochmals Gottes Segen aus der Heiligen Stadt Jerusalem und vom lebenspendenden Grab des Herrn zu überbringen...“

Am Grabe Christi weihte Alexius mit seiner Begleitung zahlreiche Kerzen, die zur Osternacht in den russischen

Kirchen als Symbol für die an den Stätten des Urchristentums erneut erfahrene Einheit der Russischen Kirche mit der östlichen Orthodoxie, angezündet wurden. Auch der Exarch des Moskauer Patriarchen in Mitteleuropa, Bischof Johannes in Berlin, griff diesen Gedanken in seiner Osterbotschaft auf. „In meiner Hand ist eine Osterkerze, die am Grabe des Herrn während der Wallfahrt des Heiligsten Patriarchen angezündet wurde. Ihr Flämmchen brannte erneut in Berlin zur Osternacht an... Wie ich diese Kerze aus der Heiligen Stadt Jerusalem erhalten habe, empfangen Sie das Leben von dem in ihr auferstandenen Christus. Wie ich diese Kerze durch meinen Patriarchen und meine Freunde erhalten habe, empfangen Sie Christus durch die Kirche.“

Die Amerika-Griechen und Moskau

Obwohl die Amerika-Griechen, die der Jurisdiktion des Patriarchen von Konstantinopel unterstehen, die Aktionen des Moskauer Patriarchats stets sehr kritisch beobachten und auf ihre politischen Hintergründe hinweisen, hat sich das Blatt der amerikanisch-griechischen Archiepiskopie anlässlich der Orientreise des Moskauer Patriarchen Alexius sehr zurückgehalten und in der Beurteilung der Persönlichkeit des Oberhauptes der Russischen Kirche die anscheinend vom Ökumenischen Patriarchat Konstantinopel ausgegebene Richtlinie befolgt. Folgende Notiz in der Januar-Nummer des „O Orthodoxos Paratiritis“ (Nr. 490, S. 7) erinnert jedoch an die zwischen beiden Patriarchaten bestehenden Differenzen: „Von großer historischer Bedeutung ist der dem Ökumenischen Patriarchat abgestattete Besuch seiner Seligkeit des Patriarchen Alexius von Moskau und ganz Rußland, der jede Gelegenheit benutzte, um zu erklären, daß der Ökumenische Patriarch der ‚primus inter pares‘ unter den Führern der orthodoxen Kirchen sei. Unabhängig von den guten Absichten des Moskauer Patriarchen, dürfen jedoch drei Dinge nicht vergessen werden, 1. daß die Russische Kirche solche Kirchen, denen vom Ökumenischen Patriarchen die Autokephalie verliehen worden war (z. B. Estland, Polen, Finnland), erneut unter ihre Jurisdiktion genommen hat, 2. daß die russischen Geistlichen und Laien bis heute behaupten, der Nachfolger des byzantinischen Ökumenischen Patriarchats sei nicht Konstantinopel, sondern Moskau, 3. daß die russische Märtyrer-Kirche unter der direkten Kontrolle und Lenkung des kommunistischen Regimes steht.“

Aus der islamischen Welt

Förderung der islamischen Mission durch Ägypten

Die ägyptische Außenpolitik orientiert sich seit der Machtergreifung Nassers an den „drei Kreisen“, wie sie Nasser in seiner von ihm so benannten „Philosophie der Revolution“ definiert hat: dem arabischen, dem islamischen und dem afrikanischen. Der politischen Realität entsprechen dabei am ehesten Nassers Vorstellung von der Position Ägyptens im „arabischen Kreis“, und auf diesen war auch seine Politik in den letzten Jahren ausgerichtet.

Die Vormachtstellung Ägyptens im arabischen Kreis blieb nun allerdings nicht unangefochten. Auch im arabischen Afrika wird die Vereinigte Arabische Republik (VAR) nicht als Vormacht und nicht als einzige legitime Vertreterin des Arabertums anerkannt. So bestehen zwi-

schen Tunesien und der VAR faktisch keinerlei Beziehungen, die Freundschaft zwischen Marokko und der VAR diente dem verstorbenen Sultan Mohammed V. lediglich zur innenpolitischen Entlastung und beruhte keineswegs auf gemeinsamen Interessen, und auch zwischen Ägypten und dem Sudan besteht lediglich ein entspanntes Verhältnis, eine Art politischer Waffenstillstand, nicht mehr.

Um den islamischen Kreis hat sich Nasser nie sonderlich bemüht. Die nichtarabischen muslimischen Staaten liegen außerhalb des Einflusbereiches der VAR. Die laizistische Türkei ist auf der muslimischen Linie nicht ansprechbar, das schiitische Persien ist heterodox und nimmt an den Vorgängen unter den sunnitischen Muslimen nur sehr mäßigen Anteil. Aber auch die Beziehung etwa zu Indonesien entwickelt sich auf Grund der Ähnlichkeit politischer Konzeptionen („positive Neutralität“) und nicht der gemeinsamen Religion.

In der Tat war Nasser im islamischen Kreis immer sehr zurückhaltend. Seine Politik war niemals muslimisch orientiert, und er äußerte sich des öfteren gegen die Anschauung, daß der Islam zu einer gemeinsamen Plattform asiatischer und afrikanischer Völker werden könnte. Im Grunde fürchtet er die Bindung, die der orthodoxe Islam seiner Politik auferlegen würde.

In der VAR war es immer Nassers Bestreben, den politischen Einfluß der Ulemas auszuschalten. Sein Verhältnis zum Islam als politischer Macht ist zwiespältig: Er duldet keine politischen Eingriffe der Ulemas (eben weil er in der Politik nur sich selbst duldet), und er vertritt den laizistischen Grundsatz, daß die Ulemas in der Moschee zu bleiben haben. Dies gilt jedoch nur für seinen eigenen Machtbereich. Immer, wenn es opportun und nötig war, scheute Nasser nicht davor zurück, die Ulemas für irgendeine Proklamation oder ein Rechtsgutachten zu mobilisieren, um das Verhalten einer anderen Regierung zu verurteilen. (So zuletzt gegen den Schah von Persien; vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 70.)

Nassers Afrika-Politik

In den letzten zwölf Monaten, besonders seit dem Ausbruch der Kongo-Krise und nachdem seine politischen Manöver im arabischen Orient fruchtlos blieben, verstärkte Nasser seine politische Aktivität im Schwarzen Afrika. Nasser unterstützt zwar schon seit Jahren jedwede „antiimperialistische“ Bewegung in diesem Erdteil, doch hat sich die ägyptische Regierung niemals so stark engagiert wie gerade in den letzten Monaten. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Grundsätzlich versucht Nasser seinen politischen Einfluß in Afrika auszudehnen, weil dies — abgesehen von den üblichen politischen Vorteilen — sein Prestige in Nordafrika und auch im arabischen Orient stärken könnte. Zudem scheint Nasser tatsächlich davon überzeugt zu sein, daß allein die arabischen Staaten ein legitimes Recht auf politische Einflußnahme in Afrika haben. Das ganze wird zuweilen auf eine denkbar primitive Formel gebracht: Die europäischen Mächte haben in Afrika keinerlei Ansprüche, sondern als Imperialisten nur die Pflicht, das zurückzugeben, was sie in den letzten Jahrzehnten dort geraubt haben. Die Araber dagegen sind in Afrika zu Hause, sind wirkliche Afrikaner und vor allem keine Imperialisten. Die Neger brauchen Hilfe und Anleitung, die die Europäer ihnen nicht geben können oder, genauer gesagt, als Imperialisten nicht geben dürfen. Also müssen die Araber den Afrikanern zum